

Beiträge zum Rahmenthema
»Dekolonisation: Prozesse und Verflechtungen 1945–1990«

Andreas Eckert

Spätkoloniale Herrschaft, Dekolonisation und internationale Ordnung

Einführende Bemerkungen

Das Ende der europäischen Kolonialimperien in Afrika und Asien gehört, daran kann kein Zweifel bestehen, zu den bedeutsamsten Entwicklungen des 20. Jahrhunderts. In Deutschland ist dieser Prozess in seiner außerordentlichen Relevanz von den Zeitgenossen sehr lange nicht recht wahrgenommen worden. Wolfgang J. Mommsen bemerkte kurz nach der Wiedervereinigung, in und nach der die deutsche Politik wieder einmal stark mit sich selbst beschäftigt war, nicht zu Unrecht,

»dass sich die erste Phase der Dekolonisation als Prozess für uns Deutsche gleichsam im Schatten der drängenden Probleme des Wiederaufbaus und der Errichtung einer demokratischen Ordnung in den westlichen Teilen Deutschlands vollzogen hat. Nur wenigen ist es bewusst, dass in eben jenen Jahren, in denen die Deutschen wieder auf eigenen Beinen zu stehen begannen, die entscheidenden Wegmarken des Prozesses der Dekolonisierung eingeschlagen wurden, und dies vielfach in unmittelbarer Verzahnung mit den großen mächtropolitischen Auseinandersetzungen, die auch die Zukunft der beiden deutschen Staaten im Zentrum Europas maßgeblich bestimmt haben.«¹

Die deutsche Geschichtsschreibung, die jenseits zumeist konventioneller Untersuchungen im Feld der internationalen Beziehungen mit Fokus auf den nordatlantischen Raum traditionell eher wenig Interesse an der außereuropäischen Welt zeigte, hat den Prozess der Dekolonisation weitgehend verschlafen.² Bezeichnenderweise ist gerade das gegenwärtig boomende, für die Zeit nach 1945 gleichsam zuständige Feld der Zeitgeschichte noch immer besonders stark von einer germanozentrischen Perspektive geprägt. Die in diesem Bereich berufenen Professorinnen und Professoren arbeiten jedenfalls fast ausschließlich zur deutschen Geschichte, einige seit einiger Zeit mit einer vorsichtigen, oft auch nur rhetorisch-programmatischen Öffnung hin zu Europa. Die nach 1990 rasch zugänglichen

1 Wolfgang J. Mommsen, Einleitung, in: *ders.* (Hrsg.), *Das Ende der Kolonialreiche. Dekolonisation und die Politik der Großmächte*, Frankfurt/Main 1990, S. 7.

2 Allerdings sind auch im Bereich der Internationalen Geschichte seit einiger Zeit Versuche der Neuorientierung sichtbar. Vgl. Wilfried Loth/ Jürgen Osterhammel (Hrsg.), *Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten*, München 2000. Überdies sollte an dieser Stelle erwähnt werden, dass gerade in deutscher Sprache schon früh Werke erschienen sind, die sich einer weiten, über ein einzelnes Kolonialimperium hinausreichenden Perspektive zur Dekolonisation verpflichtet fühlten. Eine – auch im Kontext der internationalen Forschung – Pionierstudie war Rudolf von Albertini, *Dekolonisation. Die Diskussion über Verwaltung und Zukunft der Kolonien 1919–1960*, Köln/Opladen 1966; ferner Franz Ansprenger, *Auflösung der Kolonialreiche*, München 1981; Wolfgang Reinhard, *Geschichte der europäischen Expansion*, Bde. 3 u. 4, Stuttgart 1988/1990; Dietmar Rothermund, *Dehli, 15. August 1947. Das Ende kolonialer Herrschaft*, München 1998; *ders.*, *The Routledge Companion to Decolonization*, London/New York 2006. Ähnlicher Zuschnitt bei Raymond F. Betts, *Decolonization*, London/New York 1998. Einige Studien verheißen zwar in ihrem Titel, die »europäische Dekolonisation« zu behandeln, konzentrieren sich dann aber doch auf ein Empire, in der Regel das britische. Vgl. etwa Robert F. Holland, *European Decolonization 1918–1981. An Introductory Survey*, Basingstoke 1985. Einen exzellenten Überblick zur Forschung bis circa 1990 bietet Jürgen Osterhammel, *Spätkolonialismus und Dekolonisation*, in: *NPL* 37, 1992, S. 404–426. Ein neuerer umfassender Literaturbericht fehlt nicht nur in deutscher Sprache.

Quellen zur Geschichte der DDR haben eine wahre Flut an Arbeiten ausgelöst und viele Kräfte gebunden.³

Die internationale Forschung hat das Thema »Dekolonisation« hingegen aus sehr verschiedenen Perspektiven aufgegriffen. Dabei ist weiterhin nicht eindeutig, was dieser Begriff überhaupt genau meint. »Dekolonisation«, befand etwa der amerikanische Historiker Raymond F. Betts, sei ein unbeholfener, uneleganter Begriff und daher recht passend zu der Thematik, die er bezeichnen soll, denn die Dekolonisation, welche die Weltgeschichte in den Dekaden nach dem Zweiten Weltkrieg prägte, war weniger ein gradliniger Prozess als ein komplexes Gemisch aus diversen Aktivitäten und Ereignissen, aus friedlichen Übergängen und von Gewalt geprägten Befreiungskämpfen, aus lokalen Konstellationen und internationaler Politik.⁴ Am Ende stand der Zerfall der großen Kolonialreiche, politisch gleichsam abgeschlossen durch die Übergabe der britischen Kronkolonie Hongkong an die Volksrepublik China 1997.

Die formale Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien in Afrika, Asien und der Karibik erfüllte aber keineswegs die Hoffnungen, welche die Bevölkerungen dieser Erdteile damit verbanden. Das »Reich der Freiheit«, das die nationalistischen Politiker beschworen hatten, erwies sich für die Mehrzahl der Menschen in den neuen Staaten als Fortsetzung von Armut, Abhängigkeit und Bevormundung. Daran hat sich bis heute nur wenig geändert. Vertreter »postkolonialer« Ansätze in den Kultur- und Sozialwissenschaften sprechen denn auch davon, dass eine Vielzahl von Beziehungsmustern und Effekten kolonialer Herrschaft bis heute nachwirkt. Sie sehen die gegenwärtige Welt nach wie vor geprägt von imperialen und neokolonialen Herrschaftsverhältnissen und kulturellen Beziehungen, welche die alten Ungleichheiten reproduzieren und verfestigen.

Uneinigkeit besteht nicht nur darüber, wie die Spätfolgen der europäischen Fremdherrschaft für die ehemals kolonisierten Gebiete zu bewerten sind. Rege und kontroverse Debatten werden auch bezüglich der Ursachen und Umstände der Dekolonisation geführt. War es die Wucht nationalistischer Bewegungen, welche die Europäer zum Rückzug bewegt hat? Oder war es die planvolle Einsicht der europäischen Mächte in die Notwendigkeit, ihre überseeischen Besitzungen in die Unabhängigkeit zu entlassen? Welche Rolle spielte in diesem Zusammenhang die Herausbildung einer bipolaren Welt nach dem Zweiten Weltkrieg? Erstaunlich ist in jedem Fall, wie zügig der Prozess der Dekolonisation verlief. Innerhalb von zwei Jahrzehnten nach Ende des Zweiten Weltkriegs war das französische Kolonialreich in Afrika und Asien nahezu komplett verschwunden. Das Ende des britischen Empire verlief zwar zögerlicher, war aber zwei Dekaden nach der 1947 erfolgten Unabhängigkeit und Teilung Indiens ebenfalls mehr oder weniger abgeschlossen. 1945 existierten etwa auf dem afrikanischen Kontinent lediglich drei unabhängige Staaten: Liberia, Äthiopien und Ägypten. Nur 15 Jahre später war die Zahl bereits auf 27 gewachsen. Im Jahr 1960 allein erlangten 17 afrikanische Kolonien ihre Unabhängigkeit, vornehmlich im Norden, Westen und Osten des Kontinents. Kurz darauf schwappte die Dekolonisationswelle auch durch Ostafrika. Und Mitte der Siebzigerjahre begannen schließlich die »weißen« Siedlerregime des südlichen Afrika zu wanken, eine Entwicklung, die mit den ersten freien Wahlen in Südafrika 1994 ihren Abschluss fand.

Die nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzende Dekolonisation muss eigentlich, darauf hat zuerst der Freiburger Historiker Wolfgang Reinhard hingewiesen, als dritte Welle des Abbaus von Kolonialherrschaft bezeichnet werden. Die erste Dekolonisation wäre demnach die nationale Emanzipation der meisten europäischen Besitzungen in Nord- und Südamerika zwischen 1776 und 1825. Bei der zweiten Dekolonisation handelte es sich um die Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzende langsame Transformation der »Siedlungskolonien

3 Vgl. etwa *Gabriele Metzler*, Einführung in das Studium der Zeitgeschichte, Paderborn 2004.

4 *Betts*, Decolonization, S. 1.

neuenglischen Typs« (Kanada, Australien und Neuseeland) in faktisch sich selbst regierende Staaten innerhalb des britischen Empire.

Über den genauen Beginn der dritten Dekolonisation scheiden sich die Geister. Mit dem Ersten Weltkrieg ging in vieler Hinsicht das »Zeitalter des Imperialismus« zu Ende, ein Ende der europäischen Kolonialreiche schien damals aber weiter entfernt denn je.⁵ Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson betonte auf der Versailler Friedenskonferenz zwar das Selbstbestimmungsrecht der Völker, doch nirgendwo resultierte daraus unmittelbar die Unabhängigkeit von Kolonien.⁶ Der neu gegründete Völkerbund drückte den damaligen Paternalismus der Großmächte eindrucksvoll aus. In Artikel 22 seiner Satzung war von der heiligen Verpflichtung der zivilisierten Völker die Rede, welche die Verantwortung für die Völker der nicht-europäischen Gebiete übernehmen sollten, »die unter den anstrengenden Bedingungen der modernen Welt zur Selbständigkeit noch nicht fähig sind.« In den Zwanzigerjahren erreichte die koloniale Welt jedenfalls »das universalhistorische Maximum ihrer Ausdehnung« (Jürgen Osterhammel). Für die meisten Zeitgenossen in Europa erschien zu diesem Zeitpunkt ein Ende des kolonialen Systems unvorstellbar. Dieser Eindruck wurde nicht zuletzt durch die Tatsache bestärkt, dass überall in den Kolonien Prachtbauten und Stadtanlagen erschienen, die offenkundig für die Ewigkeit angelegt waren. Die koloniale Exportwirtschaft erfuhr einen beständigen Ausbau. Die Große Depression der Dreißigerjahre unterbrach diesen Boom und führte etwa in der Karibik und in einigen Regionen Afrikas verstärkt zu Streiks und Aufständen. Besonders in Asien formierten sich schlagkräftige antikoloniale Gruppierungen. In Indien, dem Zentrum des britischen Empire, entfaltete sich in der Zwischenkriegszeit eine machtvolle Nationalbewegung, welche die koloniale Fremdherrschaft immer stärker in Frage stellte.

Der Zweite Weltkrieg traf die europäischen Kolonialreiche schwer, brachte sie aber nicht unmittelbar zum Einsturz. Der Krieg selbst hatte kurzfristig sogar etwa das britische imperiale System gestärkt und, nicht zuletzt in Gestalt des Premiers Winston Churchill, imperiale Rhetorik wieder salonfähig gemacht. Die Ressourcen der kolonialen Besitzungen wurden in hohem Maße beansprucht, vor allem jene Indiens. Auch Afrika musste einen beträchtlichen Beitrag leisten. Schätzungsweise eine halbe Million afrikanischer Soldaten kämpfte allein in britischen Einheiten auf den Schlachtfeldern in Europa, Asien und Nordafrika. Bald offenbarte sich der Kontrast zwischen der ostentativen Bekundung, Freiheit und Demokratie seien die zentralen Ziele der Alliierten, und der Tatsache, dass die koloniale Herrschaft aufrechterhalten wurde. Dies entging auch zahlreichen Kolonisierten nicht.⁷

So bestätigte die berühmte, auf Betreiben des amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt formulierte Atlantik-Charta vom August 1941 zwar in Artikel 3, dass es das Recht eines jeden Volkes gebe, selbst die Regierungsform zu wählen, unter der es leben möchte. Doch Churchill, der verkündete, er sei nicht Premierminister seiner Majestät geworden, um über die Auflösung des britischen Weltreichs zu präsidieren, behauptete zunächst ungerührt, die britische Kolonialpolitik stehe in Harmonie mit der Charta. Im Verlauf des Krieges wichen auch auf Seiten der Vereinigten Staaten antikoloniale Postulate immer mehr einer pragmatischen Allianzpolitik. Die Zusammenarbeit mit Großbritannien und die Niederwerfung Deutschlands und Japans hatten für Washington Priorität.⁸ Dekolonisationspolitik und Koalitionskriegsführung ließen sich kaum vereinbaren.

5 Vgl. für eine weite Kontextualisierung *Sebastian Conrad/Dominic Sachsenmeier* (Hrsg.), *Competing Visions of World Order. Global Moments and Movements, 1880s to 1930s*, New York 2007.

6 Zu diesem Themenkomplex vgl. jetzt *Erez Manela*, *The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism*, Oxford 2007.

7 Vgl. am Beispiel Nigerias etwa die Studie von *Bonny Ibhawoh*, *Imperialism and Human Rights. Colonial Discourses of Rights and Liberties in African History*, Albany 2007.

8 Vgl. *Wm. Roger Louis*, *Imperialism at Bay. The United States and the Decolonization of the British Empire*, Oxford 1977.

Während die Kolonialmächte nach 1945 in Asien angesichts der massiven nationalen Bewegungen mehr oder weniger schnell resignierten⁹, dachte in London und Paris zunächst niemand an eine rasche Aufgabe der afrikanischen Kolonien: im Gegenteil! Dort fand so etwas wie eine »zweite koloniale Besetzung« statt: In Frankreich wie in Großbritannien favorisierte man bezüglich Afrikas einen mit größeren Investitionen verbundenen »Entwicklungskolonialismus«, der den Metropolen direkten Nutzen und den Afrikanern die für eine künftige Unabhängigkeit nötige »Reife« bescheren sollte. Wellen von Experten wurden nach Afrika gesandt, um den Bauern neue Wege des Anbaus zu weisen und den Arbeitern neue Formen der Arbeit nahezu legen. Der Nachkriegsimperialismus war ein Imperialismus des Wissens. Parallel stieg der Antikolonialismus zu einer weltweiten Bewegung auf. Nicht nur bildeten sich in den Metropolitanstaaten bedeutende antikoloniale Gruppierungen¹⁰, sondern es intensivierten sich, nicht zuletzt auf Initiative Jawaharlal Nehrus, des Premierministers des seit 1947 unabhängigen Indiens, auch die afroasiatische Solidarität und das Bündnis der Blockfreien. Die Vereinten Nationen boten zunehmend ein wichtiges Forum für die jungen Nationen der ehemals kolonisierten Welt, bis zur Unabhängigkeit Ghanas 1957 allerdings noch ohne Vertreter des subsaharischen Afrika. Politische Aktivisten aus den afrikanischen Territorien, die formal unter Treuhandschaft der UNO standen, etwa Tanganyika, nutzen diese Institution jedoch mit oft großem Geschick, um ihre nationalistischen Anliegen voranzutreiben.¹¹ Auch der Panafrikanismus konnte (allerdings nur für kurze Zeit) einen beträchtlichen Einfluss entfalten.¹²

Vor diesem Hintergrund diskutieren die Beiträge des Bandes verschiedene Aspekte des Dekolonisationsprozesses. Dabei werfen sie zum Teil neues Licht auf bereits ältere Diskussionsstränge, zum Teil entfalten sie neuere Perspektiven, die nicht zuletzt einer verstärkten Sensibilität für globale Verflechtungen geschuldet sind. Insgesamt ergibt sich noch ein etwas unübersichtliches Bild, doch lassen sich eine Reihe von zentralen Themen ausmachen. Dazu gehört ein zunehmendes Interesse an internationalen Organisationen, in denen vor dem Hintergrund des Kalten Krieges neue Ordnungsvorstellungen auch unter Beteiligung der ehemals Kolonisierten (freilich mit deutlicher Hegemonie der USA, der Sowjetunion sowie der ehemaligen Kolonialmächte) ausgehandelt wurden.¹³ Die Rolle des Wissens, nicht zuletzt im Rahmen der rasch expandierenden Entwicklungszusammenarbeit, findet ebenso wie die mediale Kommunikation im Prozess des *nation building* wachsende Aufmerksamkeit.¹⁴ Eine weitere Perspektive wird auf das Thema Gewalt angelegt, die den Prozess der Dekolonisation wesentlich geprägt hat – Algerien, Kenia, aber auch Malaya gehören in diesem Zusammenhang zu den bedrückendsten Beispielen.¹⁵ Schließlich bieten einige Autoren gute Beispiele für die verflechtungsgeschichtlichen Aspekte des Dekolonisationsprozesses – die Bedeutung multinationaler Unternehmen etwa¹⁶ – oder das Phänomen, dass sich verschiedene Gruppe sehr genau beobachten: Indische

9 Vgl. für Südostasien mit Hervorhebung der wichtigen Rolle der Vereinigten Staaten: *Marc Frey*, Dekolonisierung in Südostasien. Die Vereinigten Staaten und die Auflösung der europäischen Kolonialreiche, München 2006.

10 Vgl. für Großbritannien: *Stephen Howe*, Anticolonialism in British Politics. The Left and the End of Empire, 1918–1964, Oxford 1993. In weiter zeitlicher Perspektive demnächst *Benedikt Stuchtey*, Die europäische Expansion und ihre Gegner. Studien zur Kolonialismuskritik vom 18. bis in das 20. Jahrhundert, München 2009 (im Erscheinen).

11 Vgl. *Ulrich Lohrmann*, Voices from Tanganyika. Great Britain, the United Nations and the Decolonization of a Trust Territory, 1946–1961, Münster 2008.

12 Vgl. *Immanuel Geiss*, Panafrikanismus. Zur Geschichte der Dekolonisation, Frankfurt/Main 1968, S. 371 ff.

13 Vgl. u. a. den Beitrag von *Jérôme B. Elie/Jussi Hanhimäki* in diesem Band.

14 Vgl. u. a. den Beitrag von *Robert Heinze* in diesem Band.

15 Vgl. u. a. die Beiträge von *Frank Schubert* und *Ester Helena Arens* in diesem Band.

16 Vgl. den Beitrag von *Larry J. Butler* in diesem Band.

Kirchen werden eine wichtige Referenz für afrikanische kirchliche Gruppen, englische Militärs suchen von den Erfahrungen ihrer französischen Kollegen zu profitieren, die europäische Linke glaubt, von den Befreiungsbewegungen der ›Dritten Welt‹¹⁷ Anregungen für den eigenen »Kampf« in den Industrieländern zu erhalten.¹⁸ Die folgenden Abschnitte greifen einige dieser Aspekte auf und versuchen dabei, ältere und neuere Ansätze miteinander zu verknüpfen. Dabei wird in Rechnung gestellt, dass die Erforschung der Dekolonisation weiterhin stark von nationalgeschichtlichen Perspektiven bestimmt wird.¹⁹

I. DEUTSCHLAND, DIE DEKOLONISATION UND DAS PARADIGMA DER ENTWICKLUNG

Inzwischen beginnt zumindest in der jüngeren Generation hierzulande, wie nicht zuletzt der vorliegende Band dokumentiert, ein Interesse an einer Zeitgeschichte jenseits der beiden Deutschland zu wachsen. Parallel wird der Kolonialismus (und damit auch die Dekolonisation) in die deutsche Geschichte »zurückgeholt«.²⁰ In den vergangenen Jahren sind zahlreiche Texte erschienen, welche die Rückwirkungen der (kurzen) kolonialen Erfahrung auf Deutschland herauszuarbeiten suchten. Der Grundkonsens dieser Forschungen lautet, dass sich aus dieser Kürze der formalen Kolonialherrschaft, also des tatsächlichen Besitzes von Kolonien (im Gegensatz zu informellen Einflussnahmen) keineswegs folgern lässt, dass der Kolonialismus ohne Relevanz für die deutsche Geschichte war. Kolonialbesitz ist das eine, Kolonialismus und koloniales Denken etwas anderes. Deutschland war mit und ohne seine Kolonien eng mit dem kolonialen Projekt verbunden, die Auswirkungen der kolonialen Erfahrung beeinflussten weit über 1918 hinaus Kultur und Gesellschaft.²¹ Auch die Dekaden nach dem Zweiten Weltkrieg geraten unter dieser Perspektive stärker in das Blickfeld. So haben mehrere Studien gezeigt, dass das unabhängige Afrika von 1960 bis weit in die 1970er-Jahre hinein als Schauplatz der deutsch-deutschen

17 Die Verwendung von zeitgenössischen Begriffen wie ›Dritte Welt‹ oder ›Unterentwicklung‹ ist problematisch, weil sie die damit bezeichneten Sachverhalte nur unzureichend treffen bzw. mit Paradigmen verbunden sind, die dieser Beitrag nicht teilt. Aus Gründen der Lesbarkeit wird im Folgenden bei der Benutzung dieser Begriffe jedoch auf Anführungszeichen verzichtet.

18 Vgl. die Beiträge von *Frieder Ludwig*, *Christoph Kalter* und *Fabian Klose* in diesem Band.

19 Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich auf das britische und französische Kolonialreich, das Ende des portugiesischen Imperiums in Afrika in den 1970er-Jahren bleibt hingegen ausgespart. Diese Thematik hat in jüngster Zeit verstärkt das Interesse der historischen Forschung gefunden. Vgl. etwa *Patrick Chabal* u. a., *A History of Postcolonial Lusophone Africa*, London 2002; *Patrick Chabal/Nuno Vidal* (Hrsg.), *Angola. The Weight of History*, London 2007. Ebenfalls nicht berücksichtigt wird die Dekolonisation in den niederländischen Besitzungen.

20 Vgl. dazu auch den Forschungsbericht von *Ulrike Lindner*, Plätze an der Sonne? Die Geschichtsschreibung auf dem Weg in die deutschen Kolonien, in: *AfS* 48, 2008, S. 487–510.

21 Programmatisch: *Sebastian Conrad*, Doppelte Marginalisierung. Plädoyer für eine transnationale Perspektive auf die deutsche Geschichte, in: *GG* 28, 2002, S. 145–169; *Andreas Eckert/Albert Wirz*, Wir nicht, die Anderen auch. Deutschland und der Kolonialismus, in: *Sebastian Conrad/Shalini Randeria* (Hrsg.), *Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geistes- und Kulturwissenschaften*, Frankfurt/Main 2002, S. 372–392. Zu den Studien, die sich z. T. auf sehr unterschiedliche Weise diesem Paradigma verpflichtet fühlen, gehören u. a.: *Sebastian Conrad*, *Globalisierung und Nation im deutschen Kaiserreich*, München 2006; *Dirk van Laak*, *Imperiale Infrastruktur. Deutsche Planungen für eine Erschließung Afrikas*, Paderborn 2004; *Iris Wigger*, *Die »Schwarze Schmach am Rhein«*. Rassistische Diskriminierung zwischen Geschlecht, Klasse, Nation und Rasse, Münster 2007; *Sandra Maß*, *Weißer Helden, schwarze Krieger. Zur Geschichte kolonialer Männlichkeit in Deutschland, 1918–1964*, Köln 2006; *Anette Dietrich*, *Weißer Weiblichkeit. Konstruktion von »Rasse« und Geschlecht im deutschen Kolonialismus*, Bielefeld 2006.

Systemkonkurrenz fungierte.²² Die Afrikapolitik der beiden deutschen Staaten war ebenfalls Gegenstand größerer Untersuchungen.²³ Ein besonderes Interesse kommt in diesem Zusammenhang der Entwicklungspolitik zu. Bis heute besteht hierzulande in Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit große Uneinigkeit in der Bewertung von »Entwicklungspolitik«. Werden hier lediglich nutzlos Milliarden verschleudert, die vor allem Diktatoren in Afrika, Asien und Lateinamerika zugute kommen? Oder handelt es sich um ein perfides Instrument neokolonialer Politik, mit dem unter dem Vorwand der Partnerschaft die Abhängigkeit der armen Länder des Südens aufrechterhalten wird? Stören Entwicklungsprojekte den freien Weltmarkt? Oder muss man den Bankrott der Entwicklungshilfe erklären, wie es Kritiker bereits vor vielen Jahren mit der Formel von der »tödlichen Hilfe« getan haben?²⁴

Es ist eine Besonderheit unserer Zeit, dass das Konzept Entwicklung so zentral für das Nachdenken über so viele Gebiete unserer Erde ist. Wie ›Zivilisation‹ im 19. Jahrhundert steht heute Entwicklung für ein dominantes Raster der Interpretation, durch welches uns die verarmten Regionen der Welt vertraut sind und in dessen Rahmen alltägliche Beobachtungen verständlich werden. Arme Länder sind demnach per definitionem unterentwickelt, und die Armut und Machtlosigkeit der dort lebenden Menschen sind gleichsam nur die äußeren Anzeichen dieser zugrunde liegenden Bedingung. Der Aufstieg des Konzepts Entwicklung vollzog sich im Kontext der globalen Neuordnung nach dem Zweiten Weltkrieg. Große Gebiete, vormals als Kolonien bekannt, wurden im Zuge der Dekolonisation zu unterentwickelten Gebieten oder zur Dritten Welt.

Deutschland spielte in diesem Prozess zunächst nur eine periphere Rolle, wurde jedoch bald Teil der internationalen Entwicklungsmaschinerie. Die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik war nicht zuletzt ein Kind des Kalten Krieges. 1956 stellte das Auswärtige Amt erstmals 50 Millionen DM für technische Hilfe an »unterentwickelte Gebiete« bereit. Dahinter stand zum einen das Drängen der Vereinigten Staaten auf bundesdeutsche Beteiligung an globaler antikommunistischer »Eindämmung«, zum anderen das Bestreben der Adenauer-Regierung, die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die jungen Staaten Asiens und Afrikas mit Hilfe von finanziellen Zuwendungen zu verhindern. Eine solche Anerkennung wurde in Bonn als »unfreundlicher Akt« gegenüber der Bundesrepublik angesehen, auf den abgestuft mit Sanktionen reagiert werden sollte: von der Einstellung der Entwicklungshilfe bis hin zum Abbruch diplomatischer Beziehungen.²⁵ Die Zuständigkeiten für Entwicklungspolitik innerhalb der Bundesregierung waren stark zersplittert. Dem 1961 gegründeten Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit gelang es nur ansatzweise, die Vielfalt der Interessen und Kompetenzen zu koordinieren. Erster Minister wurde der damals aufstrebende FDP-Politiker Walter Scheel. Scheel vermochte, ebenso wie sein Nachfolger Hans-Jürgen Wischniewski, nur wenige Akzente zu

22 Ulf Engel/Hans-Georg Schleicher, Die beiden deutschen Staaten in Afrika. Zwischen Konkurrenz und Koexistenz 1949–1990, Hamburg 1998; Brigitte H. Schulz, Development Policy in the Cold War Era. The Two Germanies and Sub-Saharan Africa, 1960–1985, Hamburg 1995.

23 Ulf Engel, Die Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1999. Rollen und Identitäten, Hamburg 2000; Kum'a Ndumbe III, Was will Bonn in Afrika? Zur Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland, Pfaffenweiler 1992; Ulrich van der Heyden/Ilona Schleicher/Hans-Georg Schleicher (Hrsg.), Die DDR und Afrika. Zwischen Klassenkampf und neuem Denken, Hamburg 1993.

24 Brigitte Erler, Tödliche Hilfe. Bericht von meiner letzten Dienstreise in Sachen Entwicklungshilfe, Freiburg 1985. Differenzierter: Franz Nuscheler, Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, 5. völlig neu bearb. Aufl., Bonn 2004.

25 Vgl. Bastian Hein, Die Westdeutschen und die Dritte Welt. Entwicklungspolitik und Entwicklungsdienste zwischen Reform und Revolte 1959–1974, München 2006. Vgl. mit Blick auf die entfaltenen Aktivitäten in der Entwicklungszusammenarbeit die Beiträge von Hubertus Büschel und Patrik von zur Mühlen in diesem Band.

setzen. Entwicklungshilfe galt unter diesen Ministern vornehmlich als Instrument der Exportförderung. In den politischen Parteien spielte Entwicklungspolitik lediglich eine geringe Rolle. Und in der Öffentlichkeit machte sich zunehmend Skepsis über Milliardenzahlungen an unterentwickelte Gebiete breit, zumal sich das »Wirtschaftswunder« langsam dem Ende zuzuneigen schien. Überdies erwiesen sich in den Augen vieler Bundesbürger die Herrschenden der Dritten Welt als undankbar, wenn sie den Kalten Krieg für sich ausnutzten und eine selbstbewusste »Schaukelpolitik« zwischen den west- und ostdeutschen Angeboten verfolgten.

Erhard Eppler, von 1968 bis 1974 Minister, suchte im Gegensatz zu seinen Vorgängern, Entwicklungspolitik als langfristig angelegte Sozial- und Friedenspolitik zu propagieren, die kurzfristige Interessen zurückstellen sollte.²⁶ Seine Amtszeit war geprägt durch ein von Studentenbewegung und kirchlichen Kritikern neu entfacht Interesse an der Dritten Welt. Organisationen wie der Deutsche Entwicklungsdienst rekrutierten verstärkt linke Kräfte und reformierten ihre Konzepte zum Teil radikal. Der Biafra-Krieg in Nigeria (1967–1970) markierte den Beginn einer humanitären Bewegung. Mit der Ölkrise 1973/74 und der Kanzlerschaft des »Realpolitikers« Helmut Schmidt endete die Zeit der entwicklungspolitischen Hoffnungen. Staatliche Entwicklungspolitik ist seither wieder vornehmlich Förderungsinstrument außenpolitischer und wirtschaftlicher Interessen. Noch vergleichsweise wenig erforscht ist die Bedeutung des antikolonialen Befreiungskampfes und der Dekolonisation für die Entstehung von Dritte-Welt-Gruppen sowie einer von hohen Idealen geleiteten Solidaritätsbewegung und darüber hinaus für die Verbreitung sozialreformerischer und sozialrevolutionärer Ideen in der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Kirchliche Gruppen und Theologen, allen voran die Vertreter der Befreiungstheologie, spielten hier eine wichtige Rolle. Es ist sicher nicht falsch, darin eine Spätwirkung der Missionstätigkeit zu sehen und sie als wichtiges Zeugnis eines durch die Kolonisation ausgelösten langfristigen Transkulturationsprozesses zu interpretieren, dessen Wirkung weit über die mit fortschreitender Säkularisierung enger werdenden Grenzen der Kirchen hinaus reicht. Im Zentrum der bundesdeutschen Solidaritätsbewegungen standen Vietnam und der lateinamerikanische Kontinent. Zwar war Afrika insgesamt für die Studentenbewegung von nur marginaler Bedeutung; das Apartheidsystem in Südafrika, die damals noch portugiesischen Kolonien Angola und Mosambik, aber auch Namibia und Zimbabwe (vormals Rhodesien) etablierten sich hingegen als wichtige Dauerthemen. Das Spektrum der Anti-Apartheidbewegung war breit und umfasste kirchliche Initiativen ebenso wie maoistische Splittergruppen.²⁷ Inzwischen sind nahezu überall im südlichen Afrika die ehemaligen Befreiungsbewegungen an der Macht. Nicht selten sind die Helden des antikolonialen Kampfes zu Diktatoren mutiert – Robert Mugabe bietet dafür ein besonders markantes Beispiel. Doch nur wenige Aktivisten hierzulande betrachteten die Entwicklungen nach dem Ende des Kolonialismus als Sache fortgesetzter Solidarität: »Die meisten unter denjenigen, die die Erlangung staatlicher Souveränität durch die einzelnen Befreiungsbewegungen derart enthusiastisch feierten, als wäre es zuvörderst ihr eigener Sieg, kümmerten sich danach allenfalls noch am Rande um die Schattenseiten, die dem Glanz folgten.«²⁸

26 Erhard Eppler, *Wenig Zeit für die Dritte Welt*, Stuttgart 1971.

27 Vgl. Reinhart Kößler/Henning Melber, *Globale Solidarität? Eine Streitschrift*, Frankfurt/Main 2002; Niels Seibert, *Vergessene Proteste. Internationalismus und Antirassismus 1964–1983*, Münster 2008. Zur DDR-»Solidarität« mit den Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika vgl. die allerdings partiell unkritische Studie von Ilona u. Hans-Georg Schleicher, *Die DDR im südlichen Afrika. Solidarität und Kalter Krieg*, Hamburg 1997. Zu einem Aspekt der Dritte-Welt-Bewegung in Frankreich vgl. den Beitrag von Christoph Kalter in diesem Band. Dort auch weitere Literaturhinweise.

28 Kößler/Melber, *Globale Solidarität*.

Die deutsche Entwicklungspolitik war Teil einer seit den späten 1940er-Jahren stetig wachsenden »Großindustrie«, die mehrere Milliarden Dollar, eine Vielzahl von privaten, staatlichen und internationalen Organisationen sowie eine weltweite Gemeinschaft von Experten umfasste. Die wachsende Konvergenz von nordamerikanischen und europäischen Interessen bezüglich der Notwendigkeit, Entwicklung durch technische Hilfsprogramme zu erzeugen, spielte eine wichtige Rolle für die Gründung einer Reihe von internationalen Organisationen in den späten 1940er- und frühen 1950er-Jahren. Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds erweiterten zunehmend ihr Aktionsfeld. Hatten sie in den ersten Jahren nach Kriegsende den Wiederaufbau und die finanzielle Stabilität in Europa unterstützt, förderten sie bald die »internationale Entwicklung«. Von ebenso großer Bedeutung war das Netz von Entwicklungsorganisationen, das unter dem Dach der Vereinten Nationen entstand: die FAO, die WHO, UNICEF, UNDP und UNESCO²⁹. Die Gründung dieser multilateralen Agenturen trug entscheidend zur Internationalisierung des Entwicklungskonzeptes im Zeitalter der Dekolonisation bei. Obwohl die Verwaltung dieser Organisationen zunächst von Europäern und US-Amerikanern dominiert wurde und die Debatten vornehmlich spezifische nationale Interessen reflektierten, etablierte sich doch zunehmend als »gemeinsames Ziel« eine prosperierende, stabile Welt. Die wachsende Präsenz von »Entwicklungsländern« in den UN-Organisationen erleichterte es den Vertretern aus Afrika, Asien und Lateinamerika, ihre Konzeption von Entwicklung in die Debatten einzubringen.³⁰

Gleichwohl blieb die »Partnerschaft für den Fortschritt« eine ungleiche Beziehung, zumal die Ströme der Information, des Wissens, der Technologie und der Expertise größtenteils von der entwickelten zur unterentwickelten Welt verliefen.³¹ Das Entwicklungsparadigma führte in verschiedenen akademischen Disziplinen zu einer wachsenden Produktion

29 FAO steht für Food and Agriculture Organization of the United Nations, WHO für World Health Organization, UNICEF für United Nations International Children's Emergency Fund, UNDP für United Nations Development Program; UNESCO schließlich für United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization. Knapper Einstieg zur UNO: Klaus Dieter Wolf, Die UNO – Geschichte, Aufgabe, Perspektiven, München 2005. Zuletzt Paul Kennedy, *Parlament der Menschheit. Die Vereinten Nationen und der Weg zur Weltregierung*, München 2007.

30 Vgl. dazu auch den Beitrag von Daniel Maul in diesem Band.

31 Vgl. David H. Lumsdaine, *Moral Vision in International Politics: The Foreign Aid Regime, 1949–1989*, Princeton 1993; Akira Iriye, *Global Community. The Role of International Organizations in the Making of the Contemporary World*, Princeton 2004; Frederick Cooper/Randall Packard, Introduction, in: dies. (Hrsg.), *International Development and the Social Sciences. Essays on the History and Politics of Knowledge*, Berkeley 1997, S. 1–41, hier: S. 8f. Die Internationalisierung der Kolonialpolitik lässt sich auf zahlreichen anderen Feldern nachzeichnen, so bei der zunehmenden Kooperation der Kolonialmächte in Fragen von Arbeit und sozialer Sicherung. In diesem Zusammenhang waren vor allem zwei Organisationen von Belang: Das *International Labour Office* (ILO) und – seit 1948 – die *International African Labour Conferences* (IALCs). Zum ILO vgl. die exzellente Studie von Daniel Maul, *Menschenrechte, Sozialpolitik und Dekolonisation. Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) 1940–1970*, Essen 2007, sowie den Beitrag von Maul in diesem Band. Vgl. dazu ferner Frederick Cooper, *Decolonization and African society. The labor question in French and British Africa*, Cambridge 1996, S. 361 ff., sowie Andreas Eckert, *Soziale Sicherung im kolonialen Afrika. Staatliche Systeme und lokale Strategien*, in: *Peripherie* 69/70, 1998, S. 46–66, hier: S. 58f. Vgl. zur französisch-britischen Zusammenarbeit ferner Marc Michel, *La coopération intercoloniale en Afrique noire, 1942–1950: un néocolonialisme éclairé?*, in: *Relations Internationales* 34, 1983, S. 155–171; ders., *The Decolonization of French Africa and the United States and Great Britain, 1945–58*, in: Roy Bridges (Hrsg.), *Imperialism, Decolonization and Africa. Studies Presented to John Hargreaves*, London 1999, S. 153–177; John Kent, *The Internationalization of Colonialism. Britain, France, and Black Africa, 1939–1956*, Oxford 1992. Vgl. zu diesem Komplex auch die Beiträge von Corinna R. Unger und Andreas Hilger in diesem Band.

von Wissen, das stets in einem spannungsgeladenen Verhältnis zur entwicklungspolitischen Praxis stand.³²

II. MODERNISIERUNGSTHEORIE UND DIE ROLLE DER ENTWICKLUNGSÖKONOMIE

Ein prägnantes Beispiel ist in diesem Zusammenhang der Aufstieg der Entwicklungsökonomie, der eng mit dem Namen W. Arthur Lewis verbunden ist.³³ Lewis gehörte zu den wichtigsten Intellektuellen, Ökonomen und politischen Aktivisten des 20. Jahrhunderts. Er war der erste schwarze Professor sowohl an einer britischen Hochschule, in Manchester, als später auch an der amerikanischen Universität Princeton. Außerdem erhielt er 1979 als erste – und bisher einzige – Person afrikanischer Herkunft den Nobelpreis für Ökonomie. Sein Aufsatz »Economic Development with Unlimited Supplies of Labour« (1954) ist der wahrscheinlich einflussreichste Text im Feld der Entwicklungsökonomie, jenem in den Dekaden nach dem Zweiten Weltkrieg prosperierenden Bereich der Wirtschaftswissenschaften, der sich damit befasste, Wege zum wirtschaftlichen Aufschwung der armen, in der Regel ehemals kolonisierten Länder der Welt zu suchen und damit die Vorstellung eines »Entwicklungsautomatismus« auslöste.³⁴

Die Entwicklungsökonomie zog in jenen Jahren eine bemerkenswerte Gruppe brillanter Köpfe aus diversen Ländern und mit sehr unterschiedlichem Hintergrund an: den Argentinier Paúl Prebisch etwa, den Schweden Gunnar Myrdal, den aus Osteuropa stammenden Albert Hirschmann und eben den auf der Karibikinsel St. Lucia aufgewachsenen W. Arthur Lewis. Wichtige Referenz für das Fach bildeten die Schriften von John Maynard Keynes. Mit Keynes teilten die Entwicklungsökonomien die Überzeugung von der großen Bedeutung des Staates, um wirtschaftlichen Fortschritt zu stimulieren und die effiziente Nutzung wirtschaftlicher Ressourcen zu fördern. Wie kein Zweiter verkörperte Lewis in seinen Schriften den Optimismus dieser Periode und das Vertrauen in die unabhängig gewordenen Länder der sogenannten Dritten Welt. Lewis war der festen Überzeugung, dass die Volkswirtschaften der »Entwicklungsländer« mithilfe der »richtigen« ökonomischen Programme florieren würden. Sein Modell teilte die Ökonomien dieser Länder in einen traditionellen und einen kapitalistischen Sektor ein. Die große Zahl ungelerner Arbeiter im Agrarbereich könne, so Lewis, den jungen Staaten in Asien, Afrika und der Karibik zum Vorteil gereichen, wenn diese gleichsam brachliegende Arbeitskraft im expandierenden industriellen Sektor zum Einsatz kommen würde.

In seinem Buch »Theory of Economic Growth« (1955) ging er noch weiter und vertrat die These, dass Wirtschaftswachstum grundlegende gesellschaftliche Wandlungsprozesse im Bereich der kulturellen Werte und der Familienorganisation sowie die Hinwendung zu einem neuen Arbeitsethos verlange. In anderen Schriften konzidierte Lewis den armen Ländern lediglich ein »niedriges kulturelles Niveau« und glaubte, dass deren Verwandtschafts- und andere soziale Strukturen zwar »den Ethnologen große Freude bereiten, jedoch zu brüchig sind, um vor den Umwälzungen des 20. Jahrhunderts bestehen zu können.«³⁵ Gegen die »ökonomische Dunkelheit« des traditionellen Sektors stellte Lewis die

32 Vgl. *Cooper/Packard*, International Development.

33 Vgl. für die folgenden Ausführungen die ausgezeichnete Studie von *Robert L. Tignor*, *W. Arthur Lewis and the Birth of Development Economics*, Princeton 2006. Lewis' wichtige Rolle für die theoretische Fundierung der Entwicklungspolitik wird auch herausgestellt von *Cooper*, *Decolonization*. Guter Überblick zur Geschichte der Entwicklungsökonomie: *Heinz W. Arndt*, *Economic Development. The History of an Idea*, Chicago 1987.

34 Vgl. auch den Beitrag von *Daniel Speich* in diesem Band.

35 *W. Arthur Lewis*, *Economic Development with Unlimited Supplies of Labour*, in: *The Manchester School* 22, 1954, S. 147 f.; vgl. auch *Cooper*, *Decolonization*, S. 380.

sich im kapitalistischen Sektor vollziehende »Befruchtung« der Gesellschaft. Lewis war jedoch keineswegs ein Apologet des real existierenden kolonialen Kapitalismus. Während seiner Zeit als Student und dann als Mitarbeiter an der renommierten *London School of Economics* engagierte sich der ehrgeizige, in ärmlichen Verhältnissen aufgewachsene Lewis in politischen Zirkeln und veröffentlichte regelmäßig kolonialkritische Artikel. In den Jahren des Zweiten Weltkrieges gehörte er zum Beraterstab des britischen Kolonialministeriums und hielt auch hier nicht mit Kritik an den politisch Verantwortlichen zurück. Lewis strebte die Befreiung der unterentwickelten Welt durch eine zweifache Transition an: von der rassistischen Rückständigkeit des kolonialen Kapitalismus zu einer dynamischeren, gleichsam demokratischeren Variante; und von der Rückständigkeit der Tradition in eine nun allen offen stehende moderne Welt. Mit dem *Colonial Office* war er sich über die Notwendigkeit einig, dass der Übergang von einer hemmenden zu einer erfolgreichen wirtschaftlichen Struktur mit staatlichen Maßnahmen flankiert werden müsse. Überdies gehörten für Lewis politische Freiheit und breite Bildungschancen zu den unabdingbaren Voraussetzungen für ökonomische Entwicklung.

Lewis' Maximen fanden sich in den Wirtschaftsprogrammen und Fünfjahresplänen zahlreicher junger Staaten Afrikas und Asiens wieder. Lewis selbst versuchte mit Nachdruck, seine Ideen in die Praxis umzusetzen. 1957 wurde er Wirtschaftsberater von Präsident Kwame Nkrumah im gerade unabhängig gewordenen Ghana. Doch schon bald musste er einsehen, dass sein Rat bei den Herrschenden wenig gefragt war. Ganz gegen den Zeitgeist sprach sich Lewis überdies dezidiert gegen sozialistische Modelle aus: »Die Menschheit«, konstatierte er, »hat eine Fülle von Erfahrungen mit diesem System; es gibt keinen Grund, warum es in Westafrika weniger Unglück bringen sollte, als es den anderen Ländern brachte.«³⁶ Nkrumah hingegen schrieb ihm: »Aus wirtschaftlicher Perspektive sind ihre Hinweise sicherlich sinnvoll. Aber ich bin Politiker und muss auf die Zukunft vertrauen.«³⁷ Lewis ging daraufhin zurück in seine Heimat und baute als Vizekanzler der Universität der West Indies das Hochschulsystem in der Karibik mit auf. Frustriert über den zähen Gang der Dinge und durch Gesundheitsprobleme geschwächt, nahm er dankbar das Angebot an, auf einen Lehrstuhl für politische Ökonomie in Princeton zu wechseln. Bis zu seinem Tod 1991 widmete er sich fortan vornehmlich seiner akademischen Tätigkeit als Lehrer und Forscher. Als Lewis schließlich den Nobelpreis erhielt, war die große Zeit der Entwicklungsökonomie bereits vorbei. Das Scheitern der Modernisierungstheorie, die Desillusionierung über den Entwicklungsprozess in weiten Teilen der Dritten Welt sowie die gewachsene Sensibilisierung für die Arroganz der westlichen Sozialwissenschaften lassen Lewis' Betätigungen heute in einem eher negativen Licht erscheinen. Die Modernisierungsprojekte à la Lewis waren, das lässt sich retrospektiv mühelos konstatieren, geprägt vom Machbarkeitswahn der Nachkriegszeit, widersprüchlich und unrealistisch. Doch war die mit der Entwicklungsökonomie eng verknüpfte Idee der Modernisierung nicht zuletzt deshalb für eine gewisse Zeit so erfolgreich, weil sie gerade auch für die ehemals Kolonisierten und ihre Sympathisanten ein Element der Verheißung enthielt: Alle Menschen würden, unabhängig von ihrer Herkunft, am Fortschritt teilhaben und seine Früchte genießen.

Aus heutiger Sicht ragen die Schwächen der Modernisierungstheorie, welche in den Fünfziger- und Sechzigerjahren eine fast irrationale Faszination ausstrahlte und insbesondere die nordamerikanische Politik gegenüber der Dritten Welt stark geprägt hat³⁸, deutlich hervor. Die Modernisierungstheorie hob auf einen Prozess ab, der nicht notwendig schon voll realisiert, aber bereits in Gang war und unausweichlich schien, da er teleologisch determiniert war. Die zentrale Überlegung der Modernisierungstheorie be-

36 Zit. nach *Franz Ansprenger*, *Kleine Geschichte Afrikas*, München 2002, S. 98.

37 Zit. nach *Tignor*, *Lewis*, S. 173.

38 Vgl. dazu den Beitrag von *Sönke Kunkel* in diesem Band.

stand darin, dass wichtige Dimensionen der Gesellschaft zusammen wirken und dass die auf diese Weise konstituierten Komplexe eine Bewegung von der Tradition hin zur Moderne bewirkten: von Subsistenz- zu Industriegesellschaften, von Groß- zu Kernfamilien, von askriptivem zu erworbenem Status, von religiösen zu säkularen Ideologien, von der Politik des Subjekts zur Politik des Teilhabens, von informellen zu vertraglichen Beziehungen. Eine Vielzahl von Arbeiten hat seither jedoch gezeigt, dass die zentralen Aspekte der Transition sich nicht wie erwartet veränderten. Vor allem aber erscheint Modernisierung in dieser Theorie als ein Prozess, der scheinbar natürlich passiert und auf Eigendynamik beruht. »Die Rede von der Modernisierung«, konstatiert Frederick Cooper, »verdeckte damals entscheidende Fragen: Waren ihre Kritiker eurozentristisch oder mehr noch, beruhten sie auf einer idealisierten Sicht davon, wie die amerikanische Gesellschaft sein sollte? Fanden Veränderungen in dieser Richtung einfach statt oder wurden sie bewirkt – durch die militärische Kraft Amerikas oder die wirtschaftliche Macht der kapitalistischen Konzerne?«³⁹

Die ökonomischen Dimensionen der Dekolonisation, die in Lewis' Studien und Tätigkeiten im Zentrum stehen, sind in der historischen Forschung im Übrigen eher zögerlich aufgegriffen worden.⁴⁰ Dabei spielten wirtschaftliche Faktoren und Einschätzungen für das Ende der europäischen Kolonialreiche, wie in Afrika, eine wichtige Rolle. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatten die beiden wichtigsten Kolonialmächte auf dem Kontinent, England und Frankreich, geglaubt, ihr Ziel, die wirtschaftlichen Ressourcen ihrer afrikanischen Besitzungen verstärkt abzuschöpfen, nur durch verstärkte Investitionen und politische, administrative und soziale Reformen erreichen zu können. Doch bereits Mitte der 1950er-Jahre setzte sich bei vielen europäischen Verantwortlichen die Erkenntnis durch, dass Afrika zukünftig für die nun wieder gesundende Ökonomie in Europa und der Welt insgesamt nur eine marginale Rolle spielen werde. Die hohen Kosten insbesondere der Sozialprogramme erschienen den Regierungen in London und Paris bzw. den Verwaltungen in Dakar und Nairobi deshalb immer stärker als Fehlinvestitionen. Insbesondere Frankreich entdeckte die nun die neuen Möglichkeiten der Kooperation in Europa, um fortan die Kosten der ökonomischen »Inwertsetzung« Afrikas mit anderen zu teilen und gleichzeitig seine Interessensphäre auch nach der formalen Unabhängigkeit aufrechtzuerhalten. Der zentrale Partner bei dieser Transaktion war die Bundesrepublik, die eher geringe wirtschaftliche Interessen in Afrika (vor allem nicht im frankophonen Teil) hatte und zudem fürchtete, in den Algerienkrieg hineingezogen zu werden. Bonn willigte schließlich ein, in die 1957 verabschiedeten Römischen Verträge Verantwortung für die französischen Territorien miteinzubeziehen (und den Löwenanteil an den Entwicklungshilfegeldern zu tragen), weil Frankreich dies zur Grundbedingung für die europäische Einigung gemacht hatte.⁴¹

39 Vgl. *Frederick Cooper*, Wem nützt der Begriff der Globalisierung? Aus der Perspektive eines Afrika-Historikers, in: *Sebastian Conrad/Andreas Eckert/Ulrike Freitag* (Hrsg.), *Globalgeschichte. Theorien. Ansätze. Themen*, Frankfurt/Main 2007, S. 140. Eine vergleichsweise frühe substantielle Kritik an der Modernisierungstheorie findet sich bei *Dean Tipps*, *Modernization theory and the comparative study of societies. A critical perspective*, in: *Comparative Studies in Society and History* 15, 1973, S. 199–226.

40 Beispiele liegen vor allem zum britischen Kolonialreich vor. Vgl. *David Fieldhouse*, *Merchant Capital and Economic Decolonization: The United Africa Company 1929–1989*, Oxford 1994; *Robert L. Tignor*, *Capitalism and Nationalism at the End of Empire: State and Business in Decolonizing Egypt, Nigeria and Kenya, 1945–1963*, Princeton 1998; *Sarah Stockwell*, *The Business of Decolonization. British Business Strategies in the Gold Coast*, Oxford 2000. Vgl. auch den Beitrag von *Larry J. Butler* in diesem Band sowie den Forschungsbericht von *Stephanie Decker*, *Dekolonisation der Wirtschaft? Wirtschaftsnationalismus in Afrika nach 1945*, in: *AFS* 48, 2008, S. 461–486.

41 Vgl. *Marie-Thérèse Bitsch/Gérard Bossuat* (Hrsg.), *L'Europe unie et l'Afrique: de l'idée de l'Eurafrrique à la Convention de Lomé*, Brüssel 2005. Ferner zum größeren Kontext der spätko-

III. DAS ENDE DES BRITISCHEN EMPIRE

Gleichwohl bleibt die grundsätzliche Frage, warum sich die Kolonialimperien innerhalb kurzer Zeit auflösten. Warum zerbröckelte etwa nach 1945 so rasch jenes gigantische britische Weltreich, in dem die Sonne nie unterging? Darüber hat sich vornehmlich in der angloamerikanischen Geschichtswissenschaft in den vergangenen zwei Dekaden eine rege Debatte entfaltet, die noch keineswegs abgeschlossen ist.⁴² Was die Forschung an dieser Thematik nicht zuletzt so spannend macht, ist die gleichsam täglich wachsende Quellenbasis. Für zahlreiche relevante staatliche Bestände endete erst kürzlich die Sperrfrist. Etliche Akten, die eher die Perspektive der Verwaltungen vor Ort beleuchten, sind hingegen von den Briten vernichtet worden, bevor sie die Kolonien verließen.⁴³

Den Jahren von 1957 bis 1964 kommt entscheidende Bedeutung für den Prozess der Dekolonisation zu.⁴⁴ Harold Macmillan und für ein knappes Jahr auch Sir Alec Douglas-Home trugen als Premierminister die zentrale politische Verantwortung in dieser kurzen, für die britische Geschichte des 20. Jahrhunderts aber so einschneidenden Periode. In ihren Amtszeiten löste sich das britische Weltreich endgültig auf. Nicht weniger als 18 Territorien, allein zehn in Afrika, wurden während dieses Zeitraums unabhängig und traten dem Commonwealth bei. Macmillan, zuvor Schatzkanzler unter Anthony Eden, übernahm kurz nach der Suez-Krise im Januar 1957 die Staatsgeschäfte. Seine viel zitierte Rede in Kapstadt fast genau drei Jahre später, in der er die Notwendigkeit unterstrich, sich mit dem nationalistischen »Wind des Wandels« zu arrangieren, entsprang keineswegs einer plötzlichen Eingebung. Bereits wenige Monate nach seinem Amtsantritt hatte er den Nationalismus als eine »Flutwelle« beschrieben, »die von Asien über den Ozean an die Küsten Afrikas drängt: kraftvoll, schnell und elementar. Sie kann geführt, aber nicht zurückgedrängt werden.«⁴⁵ Als zweite bedeutende Entwicklung in der Welt nach 1945 betrachtete

lonialen französischen Afrikapolitik *Frederick Cooper*, *Provincializing France*, in: *Ann L. Stoler* u. a. (Hrsg.), *Imperial Formations*, Santa Fe/Oxford 2007, S. 341–377. Zu den Strategien der Kolonialbeamten vor Ort vgl. *Francis Simonis*, *L'administration coloniale et le référendum du 28 septembre 1958 dans les fédérations d'AOF et d'AEF*, in: *Outre-Mers* 96, 2008, H. 358–359, S. 59–73. Vgl. auch den Beitrag von *Véronique Dimier* in diesem Band.

42 Gute Überblicke bei *Sarah Stockwell*, *Ends of Empire*, in: *dies.* (Hrsg.), *The British Empire. Themes and Perspectives*, Oxford 2008, S. 269–293; *Stephen Howe*, *When – if ever – did empire end? Recent studies of imperialism and decolonization*, in: *Journal of Contemporary History* 40, 2005, S. 585–599. Vgl. ferner u. a. *Larry J. Butler*, *Britain and Empire. Adjusting to a Post-Imperial World*, London 2002; *Martin Lynn* (Hrsg.), *The British Empire in the 1950s. Retreat or Revival?* London 2005; *Ronald Hyam*, *Britain's Declining Empire: The Road to Decolonization 1918–1968*, Cambridge 2006. Für den französischen Fall vgl. etwa *Cooper*, *Provincializing France*, sowie am Beispiel Westafrikas die sehr differenzierte Studie von *Tony Chafer*, *The End of Empire in French West Africa. France's Successful Decolonization?*, Oxford 2002.

43 Die unendliche Flut von im *Public Record Office* archivierten offiziellen britischen Dokumenten zur Dekolonisation wird seit Ende der 1980er-Jahre von dem – nun fast abgeschlossenen – Projekt »British Documents on the End of Empire« unter Mitwirkung einer exquisiten, jetzt von Andrew Porter geleiteten Historikerschar gebändigt. Die bisher daraus hervorgegangenen, allesamt vorbildlichen Quelleneditionen sind in zwei Hauptreihen zusammengefasst. Reihe A vereint allgemeine Bände, in denen jeweils für die aufeinanderfolgenden Regierungen das gesamte Empire betreffende Dokumente abgedruckt sind. Reihe B ist einzelnen Ländern und Territorien gewidmet. Hier liegen bislang Bände zu Ghana, Nigeria, der Zentralafrikanischen Union, Sri Lanka, Malaya, Malaysia, Ägypten, dem Sudan sowie den Westindischen Inseln vor. Eine Edition zu Kenia steht vor dem Abschluss.

44 Vgl. *Ronald Hyam/Wm. Roger Louis* (Hrsg.), *The Conservative Government and the End of Empire, 1957–1964*, 2 Bde., London 2000.

45 Zit. nach ebd., Introduction, Bd. 1, S. XXVII.

er den ideologischen Kampf gegen den Kommunismus. Die Essenz von Macmillans Politik bestand folglich darin, Wege zu finden, sich den antikolonialen Nationalismus für die Eindämmung des Kommunismus zu Nutze zu machen. Diese Einstellung zieht sich durch seine »Wind des Wandels«-Rede. Graduell setzte sich bei ihm die Einsicht durch, Großbritannien müsse sich von den Überresten eines Empire lösen, das nicht länger profitabel war und zu einer gewaltigen politischen Belastung wurde.

Freilich stießen Macmillans Anregungen zum »Transfer of Power« zunächst auf wenig Resonanz im kolonialen Establishment und in den zuständigen Ministerien. Der unerwartet solide Wahlsieg der Tories im Oktober 1959 stärkte jedoch seine Position. Zudem erhöhte sich der Druck von außen, beispielsweise in Bezug auf Afrika. De Gaulle etwa hatte gerade unmissverständlich die nahe »Selbstbestimmung« der französischen Afrika-Kolonien angekündigt. Belgien annoncierte kurz darauf die Unabhängigkeit des Kongo für Juni 1960. Großbritannien lief nun Gefahr, wie es besorgt in einem Bericht des Außenministeriums hieß, »zusammen mit Portugal als Hindernis für den politischen Fortschritt« auf dem Kontinent eingestuft zu werden. Iain Macleod, der neue Kolonialminister, drückte vor allem in Ost- und Zentralafrika aufs Tempo. Hatte sein Vorgänger für Tanganyika, Uganda und Kenia noch den Beginn der 1970er-Jahre als Unabhängigkeitsdatum avisiert, setzte er eine Entwicklung in Gang, die bereits ein gutes Jahrzehnt früher die britische Herrschaft in diesen Ländern beendete. Diese Geschwindigkeit muss allerdings im Kontext des afrikanischen Nationalismus sowie vor dem Hintergrund der Ereignisse im Kongo und in Algerien gesehen werden. Die britischen Offiziellen agierten unter beträchtlichem Druck und mit zum Teil großer Frustration. Nicht wenige verloren angesichts der enormen Komplexität ihrer Aufgaben den Überblick. Letztlich vermochten sie den »Transfer of Power« nur sehr bedingt zu kontrollieren. Vor dem Hintergrund der Systemauseinandersetzung zwischen den USA und der Sowjetunion in der kolonialen Welt bestimmte schließlich oft die Stärke der jeweiligen nationalistischen Gruppierungen den tatsächlichen Zeitplan der Dekolonisation.⁴⁶

Das Ende der britischen Kolonialherrschaft in Afrika und Asien wurde lange Zeit zum Ausdruck einer liberalen Denkungsart erklärt, gar zu einer Erfolgsgeschichte aus dem Geist angelsächsischer Freiheitsliebe stilisiert.⁴⁷ Dieses Bild hat nicht zuletzt infolge der Debatten über das Vorgehen der britischen Armee während des Mau-Mau-Krieges im Kenia der 1950er-Jahre jüngst nachhaltige Risse bekommen. Eine Dokumentation der BBC sowie die Anfang 2004 zeitgleich publizierten Bücher von David Anderson und Caroline Elkins räumten gründlich mit dem verbreiteten Bild vom friedlichen Ende der britischen Kolonialherrschaft in Afrika auf.⁴⁸ Ihre Studien weckten in Großbritannien unangenehme, lange verdrängte Erinnerungen an ein dunkles Kapitel der eigenen Kolonialgeschichte. Mau-Mau war »die Horrorstory des Empire« (John Lonsdale) in den Fünfzigerjahren. Die Briten charakterisierten seinerzeit den Kampf zur Unterdrückung einer antikolonialen Revolte in Kenia als Krieg zwischen Wildheit und Zivilisation, als Rebellion von Afrikanern, die mit der Moderne nicht zurecht kamen und sich in eine primitive tribale Vergangenheit flüchteten, um das Rad des Fortschritts aufzuhalten. Die bedeutendste Chronistin der weißen Siedlergesellschaft Kenias, Elspeth Huxley, nannte Mau-Mau »den Schrei aus dem Sumpf«. Die britische Kolonialverwaltung reagierte seinerzeit

46 Eine Fallstudie, die diese Konstellation am Beispiel Tanganyikas sehr gut aufzeigt, bietet *John Iliffe*, TANU and Colonial Office, in: *Gregory Maddox/James L. Giblin* (Hrsg.), *In Search of a Nation. Histories of Authorities and Dissidence in Tanzania*, Oxford 2005, S. 168–197.

47 *Gerhard Altmann*, *Abschied vom Empire. Die innere Dekolonisation Großbritanniens*, Göttingen 2005.

48 *David Anderson*, *Histories of the Hanged. Britain's Dirty War in Kenya and the End of the Empire*, London 2005; *Caroline Elkins*, *Britain's Gulag. The Brutal End of Empire in Kenya*, London 2005.

mit massiver Härte gegen die Rebellion, die vor allem vom Volk der Kikuyu getragen wurde. 95 getöteten Europäern, davon 32 Zivilisten, standen über 20.000 tote Afrikaner gegenüber. Während des gut sieben Jahre dauernden Krieges wurden mehr als 1.000 Afrikaner auf der Grundlage von hastig verabschiedeten Antiterrorgesetzen gehängt, weit mehr als in jedem anderen kolonialen Konflikt, Algerien eingeschlossen. Rund 70.000 Einheimische wanderten ohne Prozess oft für mehrere Jahre in Gefängnisse und Internierungslager, wo die Administration sie rigorosen Umerziehungsprogrammen unterwarf. Über 100.000 Menschen wurden in neue Dörfer umgesiedelt. Das koloniale Kenia war in den Fünfzigerjahren, schrieb David Anderson, ein brutaler Polizeistaat. In ihrem Versuch, Einfluss und Autorität aufrechtzuerhalten, sei die britische Regierung, die ein Jahrzehnt zuvor im Zweiten Weltkrieg aufrecht gegen die Tyrannei gekämpft hatte, selbst zum Tyrannen geworden.

Die Bücher von Anderson und Elkins lösten in Großbritannien sogleich eine intensive öffentliche Debatte aus. »Unser Guantánamo«, überschrieb der *Guardian* einen Artikel zum Thema Mau-Mau, und der *Economist* verwies ebenfalls auf Parallelen zwischen dem britischen Verhalten in Kenia und der amerikanischen Außenpolitik unter George W. Bush.⁴⁹ Wichtige gemeinsame Aspekte seien in diesem Zusammenhang das fehlende Verantwortungsbewusstsein, die grobe Rechtsprechung, das Ignorieren internationaler Konventionen, die Misshandlung von Gefangenen sowie Haft ohne ordentliches Gerichtsverfahren. Der Historiker Stephen Howe beklagte im *Independent* hingegen das damalige Versagen der britischen Intellektuellen.⁵⁰ Im Vergleich zum Engagement von Sartre, Camus und anderen gegen die im Algerienkrieg begangenen Verbrechen sei die Reaktion der britischen Denker und Künstler auf die Gewaltexzesse in Kenia beschämend zurückhaltend ausgefallen.

IV. FRANKREICH UND DIE ERINNERUNG AN DIE DEKOLONISATION

Der Algerienkrieg gilt neben Mau-Mau als der zweite von großer Gewalt geprägte Dekolonisationskrieg auf dem afrikanischen Kontinent.⁵¹ Das Verhältnis der spätkolonialen Regime zu Gewalt war ambivalent.⁵² Während die Franzosen 1947 anlässlich des großen Eisenbahnerstreiks in Westafrika vergleichsweise gelassen und umsichtig reagierten, schlugen sie im gleichen Jahr anlässlich eines Aufstandes in Madagaskar brutal zu. Über 100.000 Einheimische mussten ihr Leben lassen.⁵³ Zehn Jahre später gingen die Franzosen in Kamerun mit äußerster Gewalt gegen die radikal antikoloniale und in vielen Teilen des Landes sehr populäre *Union des Populations du Cameroun* (UPC) vor. Gezielt wur-

49 The Guardian, 16.1.2005; The Economist, 29.12.2004.

50 Stephen Howe, *Forgotten Shame of Empire*, in: The Independent, 21.1.2005.

51 Diese Kriege werden in vergleichender Perspektive betrachtet im Beitrag von Fabian Klose in diesem Band. Vgl. auch ders., *Notstand und die Entgrenzung kolonialer Gewalt*, in: Francia 34, 2007, S. 39–61. Die Literatur zum Algerienkrieg ist sehr umfassend. Immer noch grundlegend: Hartmut Elsenhans, *Frankreichs Algerienkrieg 1954–1962. Entkolonialisierungsversuch einer kapitalistischen Metropole. Zum Zusammenbruch der Kolonialreiche*, München 1974; Alistair Horne, *A Savage War of Peace. Algeria 1954–1962*, New York 1987. Zur internationalen Dimension des Krieges vgl. Matthew Connelly, *A Diplomatic Revolution. Algeria's Fight for Independence and the Origins of the Post-Cold War Era*, Oxford/New York 2002; zur Bedeutung des Krieges für Frankreich Todd Shephard, *The Invention of Decolonization. The Algerian War and the Remaking of France*, Ithaca 2006.

52 Neben der Gewalt stand zugleich auch immer der Versuch, durch Entwicklungshilfe die Kolonien zu erhalten. Vgl. dazu in diesem Band den Beitrag von Stephan Malinowski.

53 Vgl. Frederick Cooper, *Africa since 1940. The past of the present*, Cambridge/New York 2002, S. 64 f.

den französische Soldaten, die in Indochina gekämpft hatten, eingesetzt, die Zwangsumsiedlungen durchführten und einige Regionen Kameruns zu »Pazifizierungs-Zonen« deklarierten, in denen sie systematisch und brutal Jagd auf die Rebellen machten.⁵⁴ Die Wucht des französischen Vorgehens gegen die UPC hing auch damit zusammen, dass diese Gruppierung als kommunistisch galt. Insbesondere nach Ausbruch des Koreakriegs gerieten nationalistische, antikoloniale Kräfte quasi automatisch in den Ruch, Kommunisten oder wenigstens kommunistisch beeinflusst zu sein. »When cold war fears grew, even West African bourgeois nationalist politics [were seen] as part of the ›red menace‹«, konstatieren David Killingray und Richard Rathbone.⁵⁵ Auch Patrice Lumumba, der erste Ministerpräsident des unabhängigen Kongo, kam schnell unter Verdacht, ein Kommunist zu sein. Seine Ansichten und Programme gehörten eigentlich eher zum Standard der liberalen Variante des antikolonialen Nationalismus: Er wollte zuvorderst die Unabhängigkeit von einem repressiven kolonialen Regime erreichen, ohne allzu konkrete Pläne für die Ordnung der nachkolonialen Zeit in der Tasche zu haben. Seine Rede bei der Unabhängigkeitsfeier, auf der er ein niederschmetterndes – und akkurates – Porträt der brutalen und ausbeuterischen belgischen Kolonialherrschaft zeichnete, machte ihn in den Augen der Belgier und vieler anderer westlicher Mächte zu einem Radikalen und Kommunisten.⁵⁶ Lumumbas Ermordung fand dann konsequenterweise unter Mithilfe des belgischen und des nordamerikanischen Geheimdienstes statt.⁵⁷

Anfang der 1990er-Jahre beklagte der französische Historiker Benjamin Stora, ein Spezialist für die Geschichte des Algerienkrieges, dass das vielerorts mit Gewalt verknüpfte Ende des französischen Kolonialreichs im Bewusstsein der Bevölkerung des Hexagons kaum präsent sei.⁵⁸ Die offizielle Erinnerungspolitik Frankreichs verdrängte in der Tat lange die Ereignisse in den Kolonien. Der Algerienkrieg etwa blieb in der staatlichen Sprachregelung eine »Operation zur Aufrechterhaltung der Ordnung«, ein Krieg ohne Namen. Vor wenigen Jahren jedoch wurde die *Grande Nation* mit Macht von ihrer Vergangenheit in Nordafrika eingeholt. In *Le Monde* erschien Anfang 2000 der Bericht einer ehemaligen Aktivistin der algerischen Befreiungsbewegung, die eindringlich ihre drei Monate währende Folter durch die französische Armee schilderte. Einige Monate später beschrieb General Paul Aussaresses in seinem Buch⁵⁹ minutiös die Foltermethoden der Militärs und löste ein gewaltiges öffentliches Echo aus. Ohne Reuegefühle gestand er ein, 24 Gefangene eigenhändig getötet zu haben. Aussaresses und seine Verleger wurden we-

54 Vgl. *Achille Mbembe*, *La Naissance du Maquis dans le Sud-Cameroun (1920–1960)*, Paris 1996; *Marc Michel*, *Une décolonisation confisquée? Perspectives sur la décolonisation du Cameroun sous tutelle de la France 1955–1960*, in: *Revue Française d'Histoire d'Outre-Mer* 86, 1999, S. 229–258; *Richard Joseph*, *Radical Nationalism in French Africa. The Case of Cameroon*, in: *Prosser Gifford/Wm. Roger Louis* (Hrsg.), *Decolonization and African Independence. The Transfer of Power*, New Haven 1988, S. 321–345.

55 *David Killingray/Richard Rathbone*, Introduction, in: *dies.* (Hrsg.), *Africa and the Second World War*, Basingstoke 1986, S. 17.

56 Zur Rede von Lumumba vgl. u. a. *Albert Wirz*, *Geschichte und antikolonialer Nationalismus. Zur Debatte um die Konstruktion politischer Identität in Afrika*, in: *Wolfgang Reinhard* (Hrsg.), *Die Fundamentalistische Revolution. Partikularistische Bewegungen der Gegenwart und ihr Umgang mit der Geschichte*, Freiburg 1995, S. 171 ff.

57 Vgl. *Ludo de Witte*, *Regierungsauftrag Mord. Der Tod Lumumbas und die Kongo-Krise*, Leipzig 2001; *Cooper*, *Africa since 1940*, S. 164. Zur Bedeutung der Konstellation des Kalten Krieges für die ehemaligen Kolonien, insbesondere in Afrika vgl. *Odd Arne Westad*, *The Global Cold War. Third World Interventions and the Making of Our Times*, Cambridge 2005; *Piero Gleijeses*, *Conflicting Missions. Havana, Washington, and Africa, 1959–1976*, Chapel Hill 2002.

58 *Benjamin Stora*, *La Gangrène et l'oubli: la mémoire de la guerre d'Algérie*, Paris 1991.

59 *Paul Aussaresses*, *Services Spéciaux. Algérie 1955–1957*, Paris 2001.

gen »Rechtfertigung von Kriegsverbrechen« zu Geldstrafen verurteilt. An wissenschaftlichen Publikationen zum Algerienkrieg hat es seit den 1960er-Jahren jedoch nicht gemangelt. Offensichtlich hat sich nur kaum jemand dafür interessiert. Das änderte sich vor einigen Jahren ebenfalls nachdrücklich. Als Raphaëlle Branche im Dezember 2000 an der Sorbonne ihre Doktorarbeit über Folter und Armee während des Krieges verteidigte, war dieses Ereignis *Le Monde* sogar einen Bericht auf der Titelseite wert. Die kurz darauf publizierte Studie⁶⁰ zeichnete auf der Basis von Archivdokumenten und Interviews sorgfältig die Praktiken der französischen Streitkräfte nach. Die weit verbreitete Folter war, so Branche, primär Teil einer Politik des gezielten Terrors, um die Nationalisten zu brechen. Erst in zweiter Linie ging es darum, Informationen aus den Gefangenen zu pressen. Allerdings erstaunt der etwa im Zusammenhang mit der Publikation von Branche gemachte Hinweis, es handele sich hier um neue Erkenntnisse. Vielen Zeitgenossen des Algerienkrieges war sehr bewusst, dass dort massiv gefoltert wurde, und sie haben dies auch wiederholt öffentlich gemacht.⁶¹

V. NACH DER POLITISCHEN UNABHÄNGIGKEIT

Die zeitweilig mit nicht selten großem Furor geführten öffentlichen Debatten über den Algerienkrieg verweisen gelegentlich zwar auch auf das fatale Erbe, welches das französische Kolonialsystem und ihr durch Gewalt geprägtes Ende im heute noch immer vom Bürgerkrieg zerrütteten Algerien hinterlassen haben. Vor allem aber thematisieren diese Diskussionen, die sich keineswegs auf Algerien beschränken, die Auswirkungen auf Frankreich selbst.⁶² Denn in Frankreich schlägt das Empire seit einiger Zeit sichtbar zurück. Das belegen nicht nur die gewalttätigen Ausschreitungen in den Pariser Vororten. Die Nachwirkungen des Kolonialismus und der fortdauernde Einfluss der Imperien auf das postkoloniale Europa beginnen vielerorts zu einem wichtigen Thema der Geschichtsschreibung zu werden. Die Erinnerung an den Kolonialismus ist eng verknüpft mit der Gestaltung der gegenwärtigen Beziehungen zwischen Europa und seinen ehemaligen Kolonien. Die vielfältigen Verbindungen zwischen Europa und der ehemals kolonisierten Welt – auf der Ebene des Handels, der Diplomatie, der Sicherheitspolitik und der Entwicklungszusammenarbeit – sind stark mit zeitgenössischen Verständnissen der imperialen Vergangenheit verschränkt. Die markanten Unstimmigkeiten 2003 zwischen europäischen Staaten über die Frage einer bewaffneten Intervention im Irak verweisen etwa auf divergierende Vorstellungen von Europas Rolle in einer postkolonialen Welt. Debatten über Europas Grenzen, demokratische Defizite in zahlreichen ehemaligen Kolonien oder die Rolle der Europäischen Union bei der Förderung von Wohlfahrt und Demokratie in Entwicklungsländern sind ebenfalls vom »Erbe des Kolonialismus« beeinflusst. Ebenso wichtig bleibt jedoch die Frage, wie stark die koloniale Vergangenheit die gegenwärtige Situation in den Postkolonien selbst geprägt hat.⁶³

60 *Raphaëlle Branche*, *La Torture et l'Armée pendant la Guerre d'Algérie, 1954–1962*, Paris 2001.

61 Vgl. etwa *Pierre Vidal-Naquet*, *La torture et la république. Essai d'histoire et de politique contemporaine (1954–1962)*, Paris 1998.

62 *Benjamin Stora/Mohammed Harbi*, *La Guerre d'Algérie: 1954–2004, la fin d'amnésie*, Paris 2004. Allgemein: *Pascal Blanchard/Nicolas Bancel* (Hrsg.), *Culture post-coloniale 1961–2006. Traces et mémoires coloniales en France*, Paris 2006; *Herman Lebovics*, *Bringing the empire back home: France in the global age*, Durham/NC 2004.; *Dominic Thomas*, *Black France: Colonialism, Immigration, and Transnationalism*, Bloomington 2007; etwas verquast, aber durchaus anregend: *Kristin Ross*, *Fast cars, clean bodies: Decolonization and the reordering of French culture*, Cambridge/MA 1995.

63 Vgl. den Beitrag von *Frank Schubert* in diesem Band.

Afrika ist hier ein ebenso komplexes wie wichtiges Beispiel, denn dieser Kontinent scheint, und dazu muss man kein Afro-Pessimist sein, am wenigsten erfolgreich die Dekolonisation überstanden zu haben. Wie ist diese Entwicklung zu erklären? Der koloniale Staat, der in den 1950er-Jahren in Afrika scheiterte, stand für einen »aufdringlich ehrgeizigen Kolonialismus« (Frederick Cooper), und die »unabhängigen« Nachfolgestaaten mussten neben der Regierungsverantwortung das Scheitern kolonialer Entwicklungsprojekte mit übernehmen. Die neuen Regierungen erbten eine enge, exportorientierte Infrastruktur und die begrenzten Märkte für Produzenten von Rohstoffen. Aber sie mussten nun den Preis für eine immer schwerfälliger werdende Verwaltungsstruktur zahlen, die im Zuge des spätkolonialen Entwicklungsenthusiasmus etabliert worden war. Vor allem aber mussten die Regierungen mit den wachsenden Erwartungen der Bevölkerung umgehen, die nun hoffte, dass der Staat endlich ihnen gehören möge. Die Entwicklungsanstrengungen der spätkolonialen Regime schufen auch in Ländern, die wie Ghana, Nigeria oder der Kongo über reiche Rohstoffvorkommen verfügten, nie die Grundlage für eine starke Volkswirtschaft. Die Ökonomien orientierten sich weiterhin nach außen, und die wirtschaftliche Macht des Staates blieb auf die Schnittstelle zwischen dem Innen und dem Außen beschränkt. Die afrikanischen politischen Eliten hatten aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen mit der Mobilisierung gegen den Staat in der Regel ein untrügliches Gefühl dafür bekommen, wie prekär die Macht war, die sie geerbt hatten.⁶⁴ Der bestenfalls gemischte Erfolg kolonialer und nachkolonialer Entwicklungsanstrengungen erweckte in den politischen Eliten wenig Hoffnung, dass die ökonomische Entwicklung ausreichend Wohlstand generieren werde, um ihnen politischen Kredit zu verschaffen, und auch zu wenig einheimisches Wachstum, um genügend Steuern abzuwerfen. So besannen sie sich auf die Strategie, die bereits die Regierenden der Kolonialstaaten praktiziert hatten: Begrenzte, von den Herrschenden kontrollierte Aufstiegsmöglichkeiten und die Einengung von Spielräumen schienen das beste Mittel gegen eine potenzielle Opposition zu sein. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger stand hinter dem postkolonialen Staat jedoch nicht das Gewalt- und Zwangspotenzial eines Empire; der postkoloniale Staat war verwundbar, nicht stark. Fred Cooper hat zu Recht mit Nachdruck für eine Sicht auf die jüngere Historie Afrikas plädiert, welche die Vielschichtigkeit des Kontinents wahr- und ernst nimmt und nicht allein am Zollstock europäischer Modelle von Staatlichkeit misst. Daher sollte die fruchtlose Debatte darüber vermieden werden, ob nun das »koloniale Erbe« oder die Inkompetenz afrikanischer Regierungen die Hauptschuld an der gegenwärtigen Krise tragen. Der jetzige Zustand ist nicht zuletzt das Ergebnis eines spezifischen Dekolonisationsprozesses. Dabei sind fragile Staaten entstanden, in denen eine europäisch geprägte Modernität mit lokalen Formen sozialer Organisation verbunden wurde.⁶⁵

Die Dekolonisation war überdies auch »Teil des Übergangs zu einer neuen Ordnung des Weltstaatensystems« (Jürgen Osterhammel), die etwa durch die weltweite Konfrontation zweier hochgerüsteter Blöcke, die Entstehung zahlreicher postkolonialer Nationen sowie die ideologische Ächtung von Kolonialismus bei häufig fortdauernder rassistischer Diskriminierung geprägt war. Mit dem Zerfall der Sowjetunion erfuhr diese Ordnung dann erneut einen großen Umbruch. Die Forschung zu diesem Übergang hat in den vergangenen Jahren wichtige neue Einsichten formuliert. Die größte Herausforderung besteht weiterhin darin, die verschiedenen Ebenen des Dekolonisationsprozesses angemessen zu berücksichtigen und Bedeutung »europäischer«, »außereuropäischer« und »internationaler« bzw. »transterritorialer« Perspektiven aufeinander abzustimmen. Das Gespräch zwischen

64 Vgl. dazu etwa *Alexander Keese*, *First Lessons in Neo-Colonialism. The Personalization of Relations between African Politicians and French Official in sub-Saharan Africa, 1956–66*, in: *Journal of Imperial and Commonwealth History* 35, 2007, S. 593–613.

65 *Cooper*, *Africa since 1940; ders.*, *Possibility and Constraint. African Independence in Historical Perspective*, in: *Journal of African History* 49, 2008, H. 2 (im Erscheinen).

den Wissenschaftlern, die stärker die Rückwirkungen der Dekolonisation auf Europa im Blick haben, und jenen, die sich vor allem für Entwicklungen in den ehemaligen Kolonien interessieren, ist sicher noch ausbaufähig. Es besteht zwar ein weitgehender Konsens, dass die Dekolonisation hier wie dort die Gegenwart prägt, z. B. dass die verschiedenen Staaten auch jenseits herkömmlicher Globalisierungsrhetorik vielfältig verflochten blieben. Auf welchen Ebenen sich die Prägung aufzeigen und wie sie sich erklären lässt, ist freilich erst in Ansätzen erforscht.